

Am Rande

Selbst schuld



Rauchen, das weiß inzwischen jedes Kind, schadet der Gesundheit. Der blaue Dunst greift die Bronchien an, mindert die Potenz und verlangsamt das

Reaktionsvermögen in kritischen Momenten. Schade ist nur, dass ein Umkehrschluss nicht möglich ist. Denn Nichtrauchen kann auf die Dauer auch zu erheblichen Schäden im Bewusstseinsbereich führen.

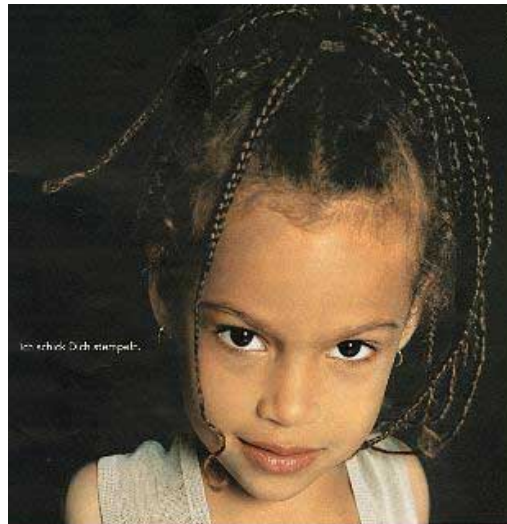
Seit 20 Jahren gibt es in Berlin den Nichtraucherbund e.V., einen gemeinnützigen Verein, der in einer rauchfreien Ecke gemütlich vor sich hindämmerte. Bis sich letzte Woche der Vereinsvorsitzende als Querdenker outete. In einem Brief an die Verordnetenversammlung des Bezirks Pankow protestierte er gegen den parteiübergreifenden Beschluss der Abgeordneten, den Platz vor dem S-Bahnhof Pankow nach der jüdischen Fabrikantenfamilie Garbáty zu benennen, die von den Nazis aus Berlin verjagt wurde: Garbáty habe „als Zigarettenfabrikant profitorientiert gewirkt“, zudem sei eine solche „Ehrung“ ein „Affront“ gegen die Nichtraucher.

Viel Rauch um nichts? Mitnichten. Es geht um Grundsätzliches. Sollen Zwangsarbeiter, die geraucht haben, dennoch entschädigt werden? Haben jüdische Raucher den Antisemitismus womöglich herbeigequalmt? Und umgekehrt: Werden engagierte Antifaschisten jetzt zu einem Smoke-in unter dem Motto „Rauchen macht frei“ aufrufen? In Berlin, wo Kampfhundbesitzer gegen „Rassenverfolgung“ demonstrieren, ist derzeit alles möglich. Wehret den Anfängen! Nie wieder „Ernte 23“!

WERBUNG

Angst vorm schwarzen Kind

Mit einer Angstkampagne wirbt der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte (BDVB), laut Selbstdarstellung ein Netzwerk von 4000 Ökonomen, um neue Mitglieder. Die von der Düsseldorfer Werbeagentur TBWA gestaltete An-



Sie wird alles tun, um morgen da zu sein, wo Sie heute sind. Bereiten Sie sich vor. Jetzt zum bdvb beitreten und die Personen, Themen und Trends kennen lernen, die Sie heute weiterbringen.

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. (Bund der Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Unternehmensberater, Unternehmensjuristen, Unternehmenspsychologen, Unternehmensmediziner, Unternehmensrechtler, Unternehmensökologen, Unternehmenssozialwissenschaftler, Unternehmenswissenschaftler, Unternehmenswissenschaftlerinnen, Unternehmenswissenschaftlerinnen)

bdvb

BDVB-Anzeige

zeige zeigt das Gesicht eines dunkelhäutigen Mädchens mit afrikanischer Zöpfchenfrisur, das laut Begleittext dem Betrachter den Arbeitsplatz wegnehmen möchte. „Ich schick Dich stempeln“, droht das Kind, das „alles tun“ werde, „um morgen da zu sein, wo Sie heute sind“.

Nachdem in der vergangenen Woche beim Deutschen Werberat Proteste gegen die als fremdenfeindlich empfundene Anzeige eingingen, forderte dieser den Ökonomenverband zu einer Stellungnahme auf.

Der indes scheint sich keiner Schuld bewusst. „Der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit ist eine bössartige Unterstellung“, sagt Dieter Schädiger, geschäftsführender Vizechef des BDVB. Und im Mitgliederblatt der Volks- und Betriebswirte erklärt ein Vertreter der beauftragten Werbeagentur aus Düsseldorf: „Gute Werbung muss polarisieren.“

NORDRHEIN-WESTFALEN

Tödlicher Eingriff

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Marga Elser, 55, die seit einer Kieferoperation vor zwei Wochen in der Wuppertaler Felderbach-Klinik im Koma liegt, ist nicht das einzige Opfer eines mutmaßlichen Kunstfehlers in der Klinik. Die Wuppertaler Staatsanwaltschaft ermittelt wegen eines Todesfalles bei einem kieferchirurgischen Eingriff. Der verstorbene Patient war von Dr. Dr. Frank-Peter Spahn behandelt worden, der auch die Bundestagsabgeordnete Elser operierte. Nach Stand der Ermittlungen wurde der Abgeordneten ein Beatmungsschlauch offenbar in die Speiseröhre und nicht in die Luftröhre geschoben, daraufhin sei der Magen geplatzt. Die Frau erlitt einen Hirninfarkt. Spahn hätte die Operation gar nicht mehr vornehmen dürfen, weil ihm wenige Tage zuvor die Bezirksregierung Düsseldorf die Approbation wegen „Unzuverlässigkeit und Unwürdigkeit“ entzogen hatte.



Nachgefragt



DER SPIEGEL

Auf die Bremse

„Ab dem kommenden Jahr sollen Gemeinden Tempo-30-Zonen leichter einrichten können. Sollen die Zonen mit Tempo 30 ausgeweitet werden?“

Ja **60**

Nein **35**

Ist mir egal/
weiß nicht **5**

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 22. und 23. August; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent